

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe april 2010



liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe april 2010

www.liberal-central.de

Herausgeber, V.i.S.d.P
Dr. Maren Jasper-Winter
Vorsitzende des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Ingo Kamps, Kurt M.
Lehner, Justus Leonhard,
Katja v. Maur, Christoph
Meyer, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt

Autoren dieser Ausgabe

Ralf Breitgoff, Christian
Ebertz, Saba Farzan, Lars
Lindemann

Leserbriefe

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-hackescher-markt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

mit dem Landesparteitag im März hat sich unser Landesverband für den langen Anlauf hin zur Berlinwahl 2011 aufgestellt. Unser neuer Landesvorsitzender Christoph Meyer und die Mannschaft des neuen Landesvorstandes haben die Arbeit bereits aufgenommen und wollen die Gliederungen und Gremien des Landesverbandes in den kommenden Monaten zu einer schlagkräftigen politischen Streitmacht organisieren. Freuen wir uns auf anderthalb Jahre klugen und beharrlichen Wirkens, an dessen Ziel die Ablösung der rot-roten Depressionsregierung von Berlin steht.

Auf Bundesebene steht der Parteitag von Köln ins Haus. Eine wesentliche Aufgabe dieses Parteitages ist, klare Wahrheiten auf gesetzgeberischen Weg zu bringen, welche unsere Partei in den vergangenen zehn Jahren so vorbildlos und vorbildlich erarbeitet und ausgesprochen hat.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Die Zukunft unseres Landes wird von den Bürgern gestaltet. Wir Liberale wollen deshalb einen sicheren Rahmen dafür schaffen, dass jeder Einzelne seine Fähigkeiten, seine Tatkraft und seine Initiative entfalten kann. Einen Rahmen, der Perspektiven eröffnet und Vertrauen schafft, weil jeder die faire Chance hat, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und zu verbessern. Eine Politik, die ihre Bürger entmündigt und systematisch gegeneinander in Stellung bringt, erzeugt nur Hoffnungslosigkeit, Spaltung und Stillstand. Wir Liberale wollen einen anderen Weg. Wir wollen Deutschland zu einem Land des Aufstiegs machen. Deshalb wollen wir eine breite und langfristig angelegte Bildungsoffensive. Deshalb wollen wir einen fairen Steuer- und Sozialstaat. Deshalb wollen wir solide Staatsfinanzen im Interesse der nachfolgenden Generationen. Ein fairer Steuer- und Sozialstaat stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er erhöht die Bereitschaft der Starken zur Solidarität mit den Schwachen. Und er stärkt das Selbstbewusstsein und die Leistungsfähigkeit der Schwächeren, die nicht mehr in staatlich verordneter Abhängigkeit verharren müssen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe erhalten.

Präambel des Leitantrages zum Bundesparteitag 2010

Lagebericht der Vorsitzenden

Nach dem Landesparteitag Kurs halten

von Maren Jasper-Winter

Nach einem erfolgreichen Landesparteitag Ende März muss sich die FDP Berlin nun gestärkt und geeint auf die BVV- und Abgeordnetenhauswahlen vorbereiten. Christoph Meyer wurde mit einem guten Ergebnis zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und verdient nun von uns allen Rückenstärkung für die kommenden Herausforderungen.



In seinem Landesvorstandsteam sind alle drei vom Bezirk Mitte favorisierten Kandidaten vertreten: Christian Platzer (5. Beisitzer), Henner Schmidt (7. Beisitzer) und Tim Stuchtey (9. Beisitzer). Es ist für unseren Bezirk ein großer Erfolg, wieder mit drei Personen im Vorstand repräsentiert zu sein – zuvor hatte Katja v. Maur allein die Fahne für Mitte hochgehalten.

Es ist gut, dass unsere drei Vertreter sich inhaltlich mit ihren Themen einbringen können, denn es wird nächstes Jahr auch darauf ankommen, dass die Berliner FDP mit einem aussagekräftigen und pointierten Wahlprogramm auftritt. Im neuen Vorstand wird Tim Stuchtey für den Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik zuständig sein, Henner Schmidt neben Umwelt/Energie auch für Wirtschaft und Verwaltung und Christian Platzer für die Kultur- und Medienpolitik.

Der Landesvorstand erarbeitet zur Zeit eine Strategie, wie die Landesfachausschüsse und Bezirke möglichst effektiv in die Programmdebatte eingebunden werden können. Vor allem in den Fachausschüssen wird es für uns alle Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen.

Neben einer fundierten Programmatik und guten Kampagnen wird es auch darauf ankommen, dass wir uns nicht durch die schwierige Stimmungslage beeindrucken lassen, in der sich die schwarz-gelbe Koalition laut Umfragen befindet.

Ärgerlich ist die zum größten Teil unsachliche Kritik an unserem Außenminister und Bundesvorsitzenden in der Presse. Diese gipfelte in der kaum noch nachzuvollziehenden Berichterstat-

tung über die Auswahl der Reisedelegation, die Guido Westerwelle bei seinen Auslandsreisen begleitete.

Dass hier Unternehmen dabei waren, die auch schon die Jahre zuvor mit Steinmeier und Fischer reisten und zudem die Delegation von Westerwelle auch kleiner war als diejenigen der Außenminister zuvor, wird nicht gewürdigt. Schön wäre es, wenn nicht nur zur Person Westerwelle das Haar in der Suppe gesucht würde, sondern auch mit ähnlichem Engagement über die auslandspolitischen Themen, die Westerwelle auf seinen Reisen bespricht, berichtet würde.

Wir erkennen anhand der Diskussionen der letzten Monate aber auch, dass neben dem Bundesvorsitzenden auch andere Personen sich in der Öffentlichkeit profilieren müssen. Guido Westerwelle muss seiner wichtigen Rolle als Außenminister gerecht werden und kann nicht zur selben Zeit die Partei innenpolitisch im Gespräch halten.

Deshalb war es dringend notwendig, einen neuen Generalsekretär zu nominieren - Christian Lindner wird auf dem kommenden Bundesparteitag Ende April in Köln offiziell gewählt. Wir durften ihn zuletzt auf unserem Landesparteitag im März erleben. Seine Rede war rhetorisch und inhaltlich glänzend. An ihm liegt es, die Sozialstaatsdebatte und die Diskussion zur Steuerreform weiter voran zu treiben. Zu beiden Themen hat er zu hochkarätig besetzten Diskussionsforen ins Thomas-Dehler-Haus eingeladen.

Der Bundespartei ist zu empfehlen, mit noch größerem Engagement auch anderen Persönlichkeiten der FDP Raum zu geben. Neben anerkannten Politikern wie Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die mit sicherer Hand in der Koalition die bürgerrechtsliberale Linie verfolgt, sollten aber auch Jüngere weiter aufgebaut werden, z.B. Johannes Vogel, der sich in Talkshows und Radiosendungen sehr gut positioniert und beim Publikum Sympathien weckt.

Wir in Berlin können hoffen und werden unseren Teil dazu beitragen, dass sich die Liberalen auf Bundesebene wieder erholen; denn daran ist nicht zuletzt der Ausgang unserer Berliner Wahlen 2011 geknüpft.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

Kommentar aus Mitte

Auf die Freiheitskarte setzen

von Saba Farzan



Im Iran ist ein neues Jahr angebrochen. Am 21. März feierten die Iraner weltweit das Nowruz-Fest. Nowruz bedeutet neuer Tag und geht auf die vor-islamische Zeit in Persien zurück. Zu den wunderbaren Bräuchen des Neujahrsfestes zählt ein Frühjahrsputz, eine Tafel mit sieben Sachen, die im persischen Alphabet mit dem Buchstaben S beginnen und einen Neubeginn symbolisieren, das Zusammenkommen von Familie und Freunden und viele fröhliche Partys. Doch dieses Nowruz-Fest war irgendwie anders – nicht direkt traurig, aber doch etwas verhaltener. Im Schatten der zahlreichen Todesopfer und der massiven Repression seit Beginn der Protestbewegung im Iran, lässt es sich nicht so ausgelassen tanzen. Und das ist auch richtig so.

Doch überall wo es Schatten gibt, da ist auch Licht. Und so hat es eine unvergleichliche Aussagekraft, dass am Nowruz-Wochenende, auf unserem Berliner Landesparteitag ein Antrag – nahezu einstimmig – verabschiedet wurde, der die Bitte an die Bundesregierung heranträgt die paramilitärischen Revolutionsgarden als Terrororganisation einzustufen. Das ist mehr als ein symbolisches Zeichen.

In der Iran-Frage fahren zwei parallele Züge: der Demokratiezug und der Atomwaffenzug. Letzteres gilt es so schnell wie möglich zu stoppen und den Freiheitszug so intensiv wie möglich zu unterstützen. Der Westen muss auf die grüne Karte setzen. Auch, weil die iranische Bevölkerung es verdient hat, nach einem Jahrhundert von mehreren revolutionären Unternehmungen, endlich in der Freiheit anzukommen.

Aber der Westen muss auch aus starkem Eigeninteresse die grüne Freiheitsbewegung unterstüt-

zen. Es gibt immer noch die ein oder andere Stimme, die sagt die innere Verfassung einer Diktatur geht uns im Westen nichts an. Nehmen wir für einen Augenblick an das wäre tatsächlich so: die iranische Diktatur bildet Taliban-Kämpfer im Iran aus und schickt sie dann zurück nach Afghanistan. Gehen uns unsere eigenen Soldaten, die dieser immensen Gefahr ausgesetzt sind auch nichts an?

Finanzielle und logistische Unterstützung von Extremisten, die auch unsere Sicherheit in Europa bedrohen, und die unerträgliche Unterdrückung des iranischen Volkes – all das hört erst dann auf, wenn es eines nicht mehr gibt: die Islamische Republik.

In der Iran – Frage spielt in der internationalen Staatengemeinschaft jeder Vertreter sein eigenes Spiel. Die Chinesen wollen ganz plump und kurzfristig ihren Energiebedarf decken, die Vereinigten Staaten wollen einen möglichst breiten Konsens herstellen und schwächen so harte Sanktionen ab, Italien fährt eine harte Rhetorik bezieht jedoch gleichzeitig Öl von der islamistischen Diktatur. Russland hat sich indirekt dem Westen als hilfreich erwiesen: Ist die Atomanlage Buschehr am Persischen Golf vielleicht schon fertig gebaut? Wurden neulich mal wieder Waffen an die Islamische Republik geliefert? Nein, denn Russland will definitiv keine Atomwaffen in den Händen von extremistischen Rebellen im Kaukasus sehen. Und mittlerweile verwehrt sich Russland nicht mehr einer härteren Gangart gegenüber dem Iran. China kann man mit ins Boot holen durch eine schlichten Deal: nach einem Regimewechsel in Teheran ist genug Öl für alle da.

Dann lässt sich nämlich in diesem nahöstlichen Land der Fluch des Öls in einen Segen verwandeln – durch nachhaltige Investitionen, die Prosperität und Frieden fördern. Und in der Zwischenzeit müssen die Golfstaaten und in erster Linie Saudi-Arabien die Lücke füllen.

Für eine gebürtige Iranerin mag sich das etwas unpatriotisch anhören, tatsächlich ist es Pragmatismus. Zum ersten Mal seit dem Atomkonflikt besteht eine reale Chance die gemeinsamen Interessen der internationalen Staatengemeinschaft und die Freiheit der iranischen Bevölkerung mit entschiedenem Handeln zusammenzuführen. Die kommende Zeit wird zeigen wie entschlossen der Westen ist.

Saba Farzan ist Beisitzerin im Vorstand des OV Wedding

Gastkommentar

Vernunft statt Angst!

von Lars Lindemann

Gesundheitspolitik kommt heute an einer grundlegenden Erkenntnis nicht vorbei: Die Medizin kann von Jahr zu Jahr mehr leisten als die Solidargemeinschaft der Krankenversicherten zahlen kann. Deshalb scheidet jeder Ansatz, der sich lediglich damit beschäftigt, mehr Geld ins System zu pumpen. Die Schere zwischen Kosten des maximal Machbaren und Einnahmen öffnet sich weiter. Das Delta kann trotz höchster Beitragssätze nur durch massive Steuerzuschüsse gedeckt werden. Das heißt: wir finanzieren ein obsoletes System auf Pump und wälzen die Verantwortung auf andere ab, obwohl wir wissen, daß der demografische Wandel unsere Volkswirtschaft stark belastet und wir nur bei märchenhaften Produktivitätszuwächsen in der Lage wären, diese strukturellen Schulden zu tilgen. Diese Erkenntnis ist keine frohe Botschaft. Und deshalb beobachten wir in der politischen Diskussion zwei grundsätzlich verschiedene Reaktionen.

Das linke Spektrum ist klar überfordert. Es reagiert hilflos: wenn man keine Lösung hat, köpft man eben den Überbringer der schlechten Botschaft. Emotional führt das zu lukrativen Mitnahmeeffekten. Resultat sind Stillstand und verzweifelter Festhalten an dem, was schon lange nicht mehr funktioniert. Der linke Block lebt von den Verlustängsten der Menschen, die er schürt. Er spaltet die Gesellschaft in arm und reich und gefährdet damit den sozialen Frieden. Seine einzige „Lösung“ für das Problem ist, noch mehr Geld anderer Leute verteilen. Das linke Stereotyp lautet: wo Geld nicht hilft, hilft viel Geld. Linke Gesundheitspolitik gleicht einem Autofahrer, der sich im Schnee festgefahren hat und ständig mehr Gas gibt, statt ein griffiges Gitter unterzulegen. Intelligent ist das nicht.

Wir Liberale dagegen haben keine Angst vor der Wirklichkeit und wollen das Gesundheitssystem strukturell so umbauen, daß es langfristig stabil funktioniert. Unser Ziel ist, ein größtmögliches Maß an gesundheitlicher Chancengerechtigkeit zu schaffen, ohne den allesentscheidenden Motor unseres Gemeinwesens abzuwürgen: eine hohe Beschäftigungsquote und volkswirtschaftliche Produktivität. Die Entkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten ist ein erster

Schritt in diese Richtung. Unser Augenmerk liegt auf dem Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel und der Ergebnisqualität der Krankenversorgung.

Deutschland ist bei Arztdichte, Arzt-Patient-Kontakten, Krankenhausverweildauer, Betten-dichte, Arzneimittelausgaben und Dichte hoch-spezialisierter Einrichtungen und Apparate weltweit an der Spitze. Die Ergebnisse aber sind international nur mittelmäßig. Viel hilft nicht immer viel. Deswegen wollen wir die Differenzierung des Leistungsangebotes, die Entwicklung meßbarer Qualitätskriterien und deren transparente Darstellung. Dies ist Voraussetzung dafür, daß Wettbewerb primär den Versicherten zugute kommt.



Wir möchten, daß die solidarische Absicherung gegen unverschuldete gesundheitliche Nachteile die unvermeidlichen gesellschaftlichen Umwälzungen überlebt. Dies geht nicht ohne Mentalitätswandel. Jedem muß bewußt sein, welche Anstrengung es die Solidargemeinschaft kostet, wenn er das System in Anspruch nimmt. Daß Schweden mit 3 Arzt-Patienten-Kontakten pro Jahr mehr Gesundheit erzielt als Deutschland mit 18, sollte uns zu denken geben. Wir müssen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem System zurückfinden. Eine inflationäre Inanspruchnahme darf nicht über Gebühr die Ressourcen für die wirklich Bedürftigen schmälern. Die Abstraktion der Kosten auf das Kollektiv ist zutiefst unsolidarisch. Ohne eine maßvolle Beteiligung und ohne Kostentransparenz ist Verantwortung nicht erreichbar. Solidarität aber funktioniert nicht ohne Verantwortung.

Deshalb brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion über Umfang und Grenzen kollektiver Leistungen, über Sinn und Unsinn medizinischer Maßnahmen, über Unter-, Fehl- und Überversorgung und über belastende aber nutzlose Besitzstände. Es gibt also auch eine gute Nachricht: Wenn wir die Diskussion ehrlich führen, unsere Ressourcen entwickeln, neu organisieren und auf das Notwendige konzentrieren, werden wir es schaffen, daß auch in Zukunft alle Menschen, die unverschuldet in gesundheitliche Not geraten, von der Gemeinschaft aufgefangen werden.

Lars Lindemann MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf), Schatzmeister der FDP Berlin

Zum Thema

Europäische Währungsunion - quo vadis?

von *Christian Ebertz*

Der Fall Griechenland hat gezeigt, wie verwundbar die Währungsunion ist und dass nachhaltiger Handlungsbedarf besteht. Nach dem EU Frühjahrsgipfel ist klar, dass als ultima ratio bilaterale Kredite möglichst vieler Euro Staaten an Griechenland unter substantieller Beteiligung des Internationalen Währungsfonds möglich sind. Damit käme im Ernstfall insbesondere auf Deutschland eine hohe Belastung zu. Dennoch ist dieser Kompromiss besser als manche Erwartung vor dem EU Gipfel.



Die Errichtung eines Europäischen Währungsfonds bspw. wäre deutlich teurer geworden. Es sollte in der Krise auch beachtet werden, dass Deutschland von der Einführung des Euros stark profitiert hat und die Turbulenzen in Europa mit unmittelbaren Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft ohne Währungsunion möglicherweise viel größer wären. Wichtig ist es neben der Lösung der akuten Griechenlandkrise nun nach vorne zu schauen und die Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas zu überdenken.

Dabei kommt es zum einen auf eine nachhaltig solide Finanzpolitik im Euroraum an und zum anderen auf die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen. Jeder Mitgliedsstaat muss für seine Schulden aufkommen. Die bestehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen sind zu überprüfen und zu schärfen. Für die Währungsunion ist eine solide Haushaltspolitik der Mitgliedsländer überlebenswichtig. Deutschland hat als stabilisierender Faktor des Währungsgebietes eine besondere Verantwortung wahrzunehmen.

Auch wir müssen den Haushalt konsolidieren. Es darf keine Denkverbote geben und der Ausschluss nicht stabilitätsorientierter Länder ist genauso zu diskutieren wie eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik. Diese wäre eine Grundvoraussetzung vor Einführung des Euros gewesen. Jetzt ist es an der Zeit das System zu analysieren und notwendige Änderungen herbeizuführen. Hierbei sollten die Bundesregierung und die FDP federführend mitwirken.

Christian Ebertz (OV Gendarmenmarkt)

Zum Thema

Drei Signale für die (Presse-) Freiheit

von *Ralf Breitgoff*

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit ins Kabinett eingebracht. Ziel ist der bessere Schutz von Journalisten und deren Informanten. Das richtige Signal zur rechten Zeit, beweist es doch einmal mehr, dass die rein wirtschaftsliberale Sicht auf die FDP deutlich zu kurz greift. Die FDP ist im Wahlkampf vehement für die Bürgerrechte eingetreten und setzt ihre Ziele aktive um.



Von der Gesetzesinitiative geht ein weiteres Signal aus. Die FDP bekennt sich zur Pressefreiheit in einer Zeit, zu der sie auch die Schattenseiten eben jener freien Presse erfährt. Andere Parteien sind mit solchen Bekenntnissen deutlich zurückhaltender. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Durchsuchung der Redaktion der Zeitschrift „Cicero“ 2005 durch die Staatsanwaltschaft Potsdam erinnert. Geheimnisverrat lautete der Vorwurf, weil das Blatt aus geheimen BKA-Papieren zitiert hatte. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schilly (SPD) hatte die Razzia ausdrücklich gebilligt.

Der Gesetzentwurf setzt auch ein innerparteilich wichtiges Signal. Eine Demokratie braucht freie Medien, auch wenn es dem Einzelnen nicht immer gefallen mag. Die Kritik aus den eigenen Reihen an der jüngsten Berichterstattung kam mitunter etwas holzschnittartig daher. In den einschlägigen sozialen Netzwerken war viel zu lesen von sozialdemokratisierten Redaktionen und ähnlichem.

Es ist richtig: in diesen Redaktionen sitzen nicht wenige, die in den vergangenen 12 Jahren alles versucht haben, die FDP aus der Regierung herauszuhalten. Sie kämpfen ihren letzten Kampf. Aber Berichterstattung muss auch einen Resonanzboden finden. Ansonsten läuft sie ins Leere.

Die Leserschaft war offensichtlich empfänglich für die Klientelvorwürfe. „Man“ hat es der FDP zugetraut. Der Vorwurf mag grundfalsch sein, sollte aber uns zu denken geben.

Ralf Breitgoff ist Beisitzer im Vorstand des OV Oranienburger Tor

Aus dem Abgeordnetenhaus

Fotovoltaikförderung, Linke Gewalt

von *Henner Schmidt*

Die Bundesregierung will die Förderung für Fotovoltaik absenken. Das ist richtig. Die Kosten der Module sind bis zu 50% gesunken, eine Anpassung der Förderung an diese Entwicklung ist nötig.



Wenn ausländische Produkte viel billiger sind, wird auch bei höherer Förderung kein einziges in Deutschland produziertes Modul zusätzlich verkauft. Natürlich schreit die hoch subventionierte Branche nun laut auf.

Daraufhin fiel der CDU im AGH nichts Besseres ein, als einen Antrag gegen die geplanten Förderabsenkungen und gegen die Bundesregierung einzubringen. Sie hat sich damit nicht nur einem billigen Lobbyismus verschrieben, sondern fällt auch ihrem eigenen Bundesminister in den Rücken. Die BZ nannte dies zu Recht „schwarz-grünes Delirium“. Natürlich ließen es sich Linke, SPD und Grüne nicht nehmen, den Antrag gemeinsam mit der CDU einzubringen. Ich durfte in der Debatte für die FDP die Fahne hochhalten und freue mich, dass wir die einzigen waren, die sich diesem Unsinn widersetzt haben (Debatte unter <http://tinyurl.com/fotovolt>).

Sie haben sicher die Erklärung der Vorsitzenden der vier anderen Fraktionen zum Thema „Linke Gewalt“ gelesen. Die FDP-Fraktion war nicht dabei. Wir wollten, dass die Erklärung, von den einzelnen Fraktionen und möglichst auch von den Parteiführungen beschlossen wird. Linke und Grüne wollten das aus durchsichtigen Gründen nicht. Beide wollen aus wahltaktischen Gründen keine klare Haltung zu diesem Thema einnehmen und sind sich ihrer internen Mehrheiten wohl auch nicht sicher.

Die Grünen vertreten wieder alles gleichzeitig: Einerseits redet Herr Ratzmann von „Kieztaliban“, andererseits bezeichnet ein Abgeordneter der Grünen das Abfackeln von Autos als „Konjunkturprogramm“. Die FDP fordert Grüne und Linke auf, sich klar von Linker Gewalt zu distanzieren..

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

Aus der Landespartei

Die kommenden Monate nutzen

von *Christoph Meyer*

Auf dem Parteitag am 19./20. März 2010 hat der Landesverband einen neuen Vorstand gewählt, der die Aufgabe haben wird, die Partei erfolgreich in die Abgeordnetenhauswahl 2011 zu führen. Der Vorstand hat sich



zwischenzeitlich konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Die fachlichen Zuständigkeiten und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder für die Bezirke wurden verteilt.

Noch vor der Osterpause hat der engere Landesvorstand Themenfelder definiert, die in den nächsten Monaten bearbeitet werden müssen, um eine optimale Vorbereitung des Landesverbandes auf die Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2011 zu gewährleisten. Es liegt viel Arbeit vor dem Verband.

Wichtigstes Thema ist dabei zunächst die Erstellung des Wahlprogramms. Die Zeit, die für die Erstellung des Wahlprogrammes zur Verfügung steht, ist sehr knapp. Der Landesverband wird daher eine Programmkommission mit Arbeitsgruppen einrichten, welche die Arbeit am Programm bündeln und koordinieren soll. Ziel ist es, zum Jahreswechsel 2010/2011 das Wahlprogramm zur Beschlussfassung vorzulegen. Alle Untergliederungen und Mitglieder sind herzlich eingeladen, ihre Fachkompetenz bei der Erstellung des Wahlprogrammes einzubringen.

Auch in den Bereichen Kommunikation, Internetauftritt, Neue Medien, Verknüpfung der Arbeit der BVV-Fraktionen und Bezirke sind Änderungen angedacht.

Die Gremien der Partei werden zeitnah über die beabsichtigten Neuerungen und Möglichkeiten der Mitglieder, sich hierbei einzubringen, informiert.

Ich freue mich auf gemeinsame Arbeit in den vor uns liegenden Monaten, die wir Liberalen zusammen nutzen werden, um die Grundsteine für eine erfolgreiche Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahl zu legen.

Christoph Meyer MdB ist Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Auch die Liberalen können mit der Straßenbahn fahren

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Ausbau der Invalidenstraße scheint eine abgeschlossene Sache zu sein. Grundsätzlich haben die Liberalen nichts dagegen, wenn Straßen erweitert und modernisiert werden. Im Fall der Invalidenstraße hat die FDP-Fraktion jedoch gegen die Pläne des Senats große Bedenken. Diese resultieren einerseits aus den Ausbauplänen selbst, andererseits aus dem verkehrspolitischen Gesamtkonzept.

Die Invalidenstraße soll zu einer vierspurigen Straße ausgebaut werden. ADAC begrüßt diesen Plan. Wir haben unsere Zweifel. Nach unserer Auffassung soll der Ausbau der Straße mit der Verlängerung der Straßenbahnstrecke einher gehen. Im Gegensatz zur Bündnis 90/Die Grünen und zu den Linken, wollen wir, dass die Straßenbahn über eigenes Gleisbett verfügt. Nur dann hat sie einen Sinn. Wenn Tram sich die Spur mit anderen Verkehrsteilnehmern teilen muss, ist sie reines Verkehrsbehinderungsmittel. Leidtragenden sind sowohl die Autofahrer als auch die Nutzer der Straßenbahn, die genauso wie alle anderen im Stau stehen bleiben müssen. Hinzu kommen auch die Fahrradfahrer in dem geplanten Konzept viel zu kurz. Dafür müssen in dem vorgelegten Konzept die Anwohner der Invalidenstraße mit einem erheblichen Verkehrsaufkommen rechnen.

Noch bedenklicher als der Ausbau der Invalidenstraße ist das Gesamtkonzept des Senats. Nach mehreren Änderungen soll der Verkehr von der Invalidenstraße auf die umliegenden Straßen: die Garten-, die Julie-Wolfthornstraße, die Straße Am Nordbahnhof, die Zinnowitzer und Habersaathstraße, den Schwarzen Weg, die Tieckstraße und die Borsigstraße verteilt werden. Das bedeutet, dass in Zukunft Autos mitten durch die Wohngebiete fahren werden. Keine gute Lösung weder für die Anwohner noch für die Autofahrer, wenn man bedenkt mit welchen Behinderungen wie Tempolimits, enge Straßen etc. diese rechnen müssen. Für die FDP in Mitte war das Gesamtkonzept vom Anfang an inakzeptabel. Zweifellos braucht Berlin Mitte eine Zentrum- Umfahrung. Doch aus unserer Sicht ist die Invalidenstraße am wenigsten dafür geeignet. Unabhängig von der Straßenbahn- und Fahrradsproblematik, bleibt auch bei jetzigem Konzept das Nadelohr (Kreuzung

Chaussestr./Invalidenstraße) bestehen. Da helfen keine Ausbaupläne, weil die Straßen dieser Stelle insgesamt zu eng ist. Hinzu kommt, dass durch Tempolimits und verkehrsberuhigten Zonen, der Autoverkehr spätestens auf der Höhe der Brunnenstraße stockt. Hier rächt sich die kurzsichtige und ideologisch bedingte Politik der Grünen. Viel sinnvoller wäre aus der Sicht der Liberalen der Ausbau der Heidestraße und Schaffung einer tatsächlichen Umfahrungsstrecke. Dies hätte die Entlastung des Stadtzentrums und eine schnelle Verbindung für die Autofahrer gebracht.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363

Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Butter bei die Fische

Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt

Das neue Jahr ist schon wieder bis zum April vorgerückt und endlich lässt sich draußen ab und zu die Sonne blicken. Die Arbeit des Ortsverbandes wird das gute Wetter natürlich in keiner Weise beeinflussen und so geht es in Gendarmenmarkt mit Volldampf weiter: Nachdem bei unserer letzten Mitgliederversammlung im März Arbeitsgruppen zu verschiedenen zukunftsrelevanten Themen (z. B. Steuern & Finanzen und Bildung) gebildet wurden, haben die jeweiligen Gruppenteilnehmer auf der April-Versammlung erste Schwerpunktthemen und Umsetzungsideen präsentiert und gemeinsam mit den anderen Anwesenden diskutiert. Mit dieser Vorgehensweise wollen wir sicher stellen, dass alle Mitglieder kontinuierlichen Einblick in die Arbeit der Arbeitsgruppen erhalten. So kann der Entschluss zur Teilnahme an einer Gruppe auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die gehaltenen Präsentationen machen auf jeden Fall Appetit auf mehr – freuen wir uns also auf den Mai.

Geordnete Bahnen

Anno Blissenbach v. OV Hackescher Markt

Auf dem Landesparteitag vom 19./20.03.2010 nahm der vom OV Hackescher Markt gemeinsam mit dem LFA Internationale Politik eingebrachte Dringlichkeitsantrag (Organisation der

iranischen Revolutionswächter soll auf die Terrorliste der EU) die Hürde der Dringlichkeitsfeststellung locker und wurde dann fast einstimmig angenommen – ein voller Erfolg, insbesondere für Parteifreundin Saba Farzan vom OV Wedding und Nils Augustin, die gemeinsam an der Angelegenheit gearbeitet hatten. Bei der dem LPT vorausgegangenen Delegierten- und anderen Besprechungen waren die Linien soweit abgesteckt worden, dass sowohl die Beratungen zum Leitantrag sowie weiteren wichtigen Anträgen als auch die turnusmäßige Landesvorstandswahl in geordneten Bahnen verliefen.

Die Vorgaben des (vom OV Hackescher Markt initiierten) BA-Beschlusses "Geschlossenheit für AGH Wahlkampf 2011" werden bereits mit Leben erfüllt: Am 14. April haben der OV Hackescher Markt und BV Mitte gemeinschaftlich eine gelungene entwicklungspolitische Veranstaltung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt. Dort informierten und diskutierten ausführlich unsere OV-Mitglieder, Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz, und die stellv. Leiterin des Parlaments- und Kabinetttrefferats, Katharina Peter, mit den Anwesenden. Und auch Minister Dirk Niebel ließ es sich nicht nehmen, unsere Veranstaltung kurz zu besuchen und in einer kleinen Ansprache das liberale Wirken im Ministerium darzustellen.

Brunch zur Innen- und Rechtspolitik

Michael Saß vom OV Tiergarten

Themen der Innen- und Rechtspolitik waren Gegenstand des Politischen Brunchs des OV Tiergarten am 28.03.2010. Die Bezirksvorsitzende der FDP Mitte, Dr. Maren Jasper-Winter, gab – in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Bundesausschusses Innen- und Recht – einen aktuellen Überblick aus der BFA-Sitzung vom 26./27. März. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen des Datenschutzes. Vom Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Vorratsdatenspeicherung über das SWIFT-Abkommen bis hin zur Übertragung von Arbeitnehmerdaten im Rahmen von ELENA wurden die bestehenden Spielräume zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte lebhaft diskutiert. Weitere Themen waren die Prävention von Kindesmissbrauch sowie der Ankauf von „Steuer-CDs“ durch staatliche Institutionen in Deutschland. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass die FDP die Innen- und Rechtspolitik

noch stärker als in den letzten Monaten zur Stärkung ihres Profils als Bürgerrechtspartei nutzen muss.

Burg und Herrschaft

Claudia Bandow vom OV Wedding

Der OV-Wedding plant für die Sommermonate einen Event im Bereich Kultur hier mit der Ausstellung im Deutschen Historischen Museum vom 25.06.2010-24.10.2010 mit dem Thema „Burg und Herrschaft“. Genauer Termin für den gemeinsamen Besuch durch den OV und alle Interessierte wird rechtzeitig bekannt gegeben. Auch im Bereich Sozialpolitik ist ein entsprechendes Thema in Arbeit.

Des Weiteren haben wir uns gefreut über den Besuch von Frau Dr. Maren Jasper in unserer offenen Vorstandssitzung am 16.04.2010 im Centre Francais.

Themenschwerpunkt Bildung

Justus Leonhard von den JuLis Mitte

Die JuLis Berlin Mitte gratulieren ihrem Mitglied Julia Hesse zu ihrer Wahl in den Bundesvorstand der Jungen Liberalen! Auf dem 40. Bundeskongress der JuLis in Bonn wurde Julia mit einem herausragenden Ergebnis von über 90% zur ersten Beisitzerin gewählt. Sie wird nun ihre erfolgreiche Arbeit als International Officer fortsetzen und den Kontakt zu den internationalen Partner- und Dachverbänden pflegen sowie die internationale Arbeit der JuLis koordinieren.

Im Rahmen unseres Themenschwerpunktes Bildung konnten wir auf der vergangenen Mitgliederversammlung Volker Adams, Vorsitzender des LFA Hochschule, Forschung und Technologie, als Gast begrüßen.

Darüber hinaus freuen wir uns, dass Mieke Senfleben MdA die Schirmherrschaft für unsere öffentliche Tagung zum Thema „Islamismus und seine Kontexte“ übernommen hat. Am 15. Mai werden wir uns im Abgeordnetenhaus von Berlin mit den Hintergründen zur Diskussion um Islamismus beschäftigen. Wir erwarten spannende Referenten, unter anderem vom Verfassungsschutz, und hoffen auf zahlreiche interessierte Teilnehmer auch aus den Reihen der FDP-Mitte!

Personalien



(au) Die Berliner FDP hat auf dem 76. Ordentlichen Landesparteitag am 19./20. März 2010 ihren Landesvorstand neu gewählt. In das Amt des Landesverbandsvorsitzenden, für welches **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) nach nun sechs Jahren nicht wieder kandidierte, wählten die 350 Delegierten mit großer Geschlossenheit den Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus **Christoph Meyer** MdA (Foto, Charlottenburg-Wilmersdorf). Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt neu im Amt **Sebastian Kluckert** MdA (Neukölln), wie bisher **Roland Zielke** (Tempelhof-Schöneberg) und als Rückkehrer in dieses Amt Bundesvorstandsmitglied **Alexander Pokorny** (Charlottenburg-Wilmersdorf). Wie Löning nicht wieder kandidierte unsere langjährige Landesschatzmeisterin **Heidi Knauth** (Charlottenburg-Wilmersdorf), statt Ihrer wurde der bisherige Stellv. Vorsitzende **Lars Lindemann** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf) von den Delegierten mit dieser Aufgabe betraut. Als Beisitzer des Landesvorstands wurden gewählt: **Paul Fresdorf** (Spandau), im Amt bestätigt; die Vorsitzende des Bezirksverbandes Steglitz-Zehlendorf, **Mathia Specht-Habbel**, im Amt bestätigt, nachdem sie am Vortage im Wettbewerb um die dritte Stellvertreterposition knapp unterlegen war; **Rainer Bleckmann** (Tempelhof-Schöneberg), im Amt bestätigt; **Matthias Bick** (Reinickendorf), in dem Amt bestätigt; **Christian Platzer** (OT) neu; **Sirko Schulz** (Lichtenberg), im Amt bestätigt; unser Abgeordneter aus Mitte im Berliner Abgeordnetenhaus **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), neu; **Martin Dickopp** aus Pankow neu; **Tim Stuchtey** (Tiergarten), auch er Rückkehrer in den Landesvorstand; und last but not least Verbands-Urgestein **Thomas Seerig** (Steglitz-Zehlendorf), welcher dem Landesvorstand ebenfalls schon in der Vergangenheit angehört hatte. Unser bisheriges Landesvorstandsmitglied aus Mitte, **Katja v. Maur** (Tiergarten), hatte für das Gremium nicht wieder kandidiert.



(au) **Markus Löning** (Foto, Steglitz-Zehlendorf), langjähriger Vorsitzender der Berliner FDP und bis 2009 Mitglied des Bundestages, ist der neue Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung.

Löning: „Menschenrechte auch in unbequemen Situationen einzufordern, ist im ureigenen Interesse Deutschlands.“ Er ergänzt die Berliner in der Bundesregierung, wo **Hellmut Königshaus** (Treptow-Köpenick) als Wehrbeauftragter dient, als Staatssekretäre **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Hakescher Markt) im Entwicklungsministerium, **Birgit Grundmann** (Reinickendorf) im Justizministerium und **Stefan Kapferer** (Steglitz-Zehlendorf) im Gesundheitsministerium.

(au) Die ehemalige Landes- und Fraktionsvorsitzende unserer Berliner FDP, **Carola v. Braun** (Tempelhof-Schöneberg), wurde durch den Berliner Frauensenator Wolf für langjähriges frauenpolitisches Engagements mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie war 1984 zur ersten Frauenbeauftragten des Senats ernannt worden, habe 1992 mit der Gründung der Initiative „Berlin, Stadt der Frauen“ ein bundesweit einmaliges frauenpolitisches Netzwerk gegründet.

(au) Einen neuen Vorsitzenden hat der LV Net, der Internet-Verband der FDP. Auf Vorschlag der langjährigen Vorsitzende **Maja Pfister** (Pankow), welche sich im deutschsprachigen Internet als Stimme der Liberalen einen hervorragenden Ruf erworben hat, wählten die Mitglieder des LV Net **Manuel Höferlin** MdB (Hessen) zu ihrem Nachfolger – natürlich im Internet. lnet.fdp.de.

(au) Auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen in Bonn trat der langjährige Vorsitzende **Johannes Vogel** MdB (NRW) nicht mehr an, zum Nachfolger wählten die Delegierten **Lasse Becker** aus Hessen. **Julia Hesse** (OT) wurde als Berliner Kandidatin erneut in den JuLi-Bundesvorstand gewählt, wird dort ihre erfolgreiche Arbeit als International Officer fortsetzen. Aus Berlin nahmen über 20 Julis um den Landesvorsitzenden **David Issmer** (Gendarmenmarkt) teil.

(au) Neben **Saba Farzan** (Wedding) wurde eine weitere Teilnehmerin aus Berlin ins diesjährige Mentoring-Programm des FDP-Bundesverbandes aufgenommen: Die Landesvorsitzende der Liberalen Frauen, **Frauke Jung-Lindemann**, ist nun eines der liberalen Top-Nachwuchs-Talente.

(au) Die Deutsch-Arabische Gesellschaft (DAG) hat **Alexandra Thein** MdEP (Steglitz-Zehlendorf) zur Vorsitzenden ihres Beirats gewählt. Sie folgt im Amt der Staatsministerin im Auswärtigen Amt **Cornelia Pieper** (Sachsen-Anhalt).

Leserbriefe

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Ans Steuer

von Katja v. Maur

Am kommenden Wochenende treffen wir Liberale uns zum Bundesparteitag in Köln. Es gilt, vor der anstehenden Landtagswahl in einem liberalen Kernland, Nordrhein-Westfalen, noch einmal deutlich zu machen, dass die Wählerinnen und Wähler uns im September ihre Stimme und ihr Vertrauen zu Recht gegeben haben.

Die Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat müssen endlich fair ausgestaltet werden. Ein faires und gerechtes Steuer- und Sozialsystem ist Bürgerrecht und für alle der richtige Weg zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit. Dafür steht die FDP, und dafür wurden wir gewählt. Dieses Vertrauen gilt es zu stärken und an mancher Stelle auch zu-

rückzugewinnen. Vom Wahlkampfgetöse anderer Parteien dürfen wir uns weder anstecken noch schrecken lassen.

Wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass Jahr für Jahr immer mehr Steuern und Sozialabgaben zu zahlen sind, die Bürokratie für Finanzämter und Sozialbehörden unüberschaubar ausfertigt, Stellen abgebaut werden, beim Bürger immer weniger ankommt.

Worin mündet diese Entwicklung? In willkürliche Entscheidungen, die die Finanz- und Sozialgerichte ausbügeln müssen, verbunden mit unzumutbaren Wartezeiten für die Betroffenen. Es muss umgesteuert werden. Und es wird höchste Zeit, dass die Bürger verstehen, dass immer mehr Steuergeld für den Staat ihre Existenz nicht sichert.

Die lautesten Unkenrufer sind schließlich diejenigen, die noch vor kurzem oder davor regiert haben. Jetzt wollen sie ausgerechnet uns für ihre eigenen Fehler verantwortlich machen. Für Projekte, die im Sande verlaufen sind (Jobcenter) oder für Projekte, die in der letzten Legislaturperiode angeschoben wurden und jetzt wirken (ELENA). Unglaublich aber wahr, selbst für das Ehegattensplitting sollen wir plötzlich die Verantwortung tragen. Allen, die mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden sind, sei gesagt: Wir tragen Verantwortung für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit.

61. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Köln

www.parteitag.fdp.de und live im TV auf Phoenix

Samstag, 24. April 2010 +++ 11:00 Uhr +++ Eröffnung des 61. Ord. Bundesparteitages durch Prof. Dr. Andreas Pinkwart, stellv. Bundesvorsitzender und Vorsitzender der FDP NRW +++ Bericht des Wahlprüfungsausschusses, Feststellung der Beschlussfähigkeit des Bundesparteitages, Wahl des Tagungspräsidiums, Wahl der Zählkommission, Totenehrung +++ Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Köln Jürgen Roters +++ 12:00 Uhr +++ Rede des Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle MdB +++ Aussprache +++ 14:30 Uhr +++ Bericht der Antragskommission +++ 15:00 Uhr +++ Wahl des Generalsekretärs +++ 15:30 Uhr +++ Vorlage und Erörterung des Rechenschaftsberichtes für das Jahr 2008, Dr. Hermann Otto Solms MdB Bundesschatzmeister +++ Beratung von satzungsändernden Anträgen +++ Beratung weiterer Anträge +++ 19:00 Uhr +++ Unterbrechung des Bundesparteitages +++ 20:00 Uhr +++ NRW-Abend +++ **Sonntag, 25. April 2010** +++ 09:00 Uhr +++ Fortsetzung des Bundesparteitages, Wahl der Vertreter der FDP im Rat der ELDR +++ 10:00 Uhr +++ Beratung weiterer Anträge +++ 13:30 Uhr +++ Rede Generalsekretär

Termine

April 2010

- 19.04 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – im Rathaus Tiergarten, BVV-Saal (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 20.04 19.30h LV Berlin: **Jahreshauptversammlung des Landesausschusses** – im Rathaus Tiergarten, BVV-Saal (Mathilde-Jacob-Platz 1)
- 24./25.04 Bundesverband: **61. Ordentlicher Bundesparteitag** in Köln („Im Zentrum unserer Debatte wird die notwendige Entlastung der Mittelschicht stehen, die mit ihrem Fleiß wesentlich unser Land trägt. Mit der Wahl unseres Generalsekretärs werden wir die Führungsmannschaft der FDP vervollständigen.“) – Info parteitag.fdp.de
- 25.04 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 26.04 19.30h OV Oranienburger Tor: **Vortrag** zum Berliner Haushalt von Björn Jotzo MdB – im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14)
- 27.04 19.00h DGLI Berlin: **Vortrags- und Diskussionsveranstaltung** zum Thema „Iran und die grüne Bewegung - neue Perspektiven für den Nahen Osten?“ – mit Saba Farzan, Dr. Emanuele Ottolenghi – im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 388
- 28.04 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 30.04 16.00h FNF: **21. Berliner kommunalpolitischer Tag** – Thema: „Berlin unter Klimadruck. Wege zur nachhaltigen Kommunalpolitik“ – mit Prof. Dr. Anders Levermann, Lothar Stock, Dr. Fritz Reusswig, Henner Schmidt MdB u.a. – 20.00h Empfang – im Umweltforum Berlin (Pufendorfstr. 11)

Mai 2010

- 01.05 11.00h Bundesverband: **Liberales Fest zum 1. Mai** – mit Christian Lindner, Andreas Pinkwart, Guido Westerwelle u.a. – in der Reinhardtstr. vor der Bundesgeschäftsstelle und in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14)
- 03.05 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – mit Dr. Tim Stuchtey – im Simon (Auguststr. 53)
- 04.05 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 10.05 18.00h FNF: **Festveranstaltung** „20 Jahre Partnerschaft“ zum 20jährigen Gründungsjubiläum der Republik Namibia – bei der KfW Bankengruppe (Behrenstr. 33)
- 11.05 18.00h OV Hackescher Markt: **Besichtigung und Vortrag im Reichstagsgebäude** – anschließend Umtrunk – Info und Anmeldung Ciuperca@fdp-bundestag.de
- 11.05 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr./Jägerstr)
- 12.05 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 26.05 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 30.05 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.